

PALACKÝ-UNIVERSITÄT IN OLOMOUC

PÄDAGOGISCHE FAKULTÄT

Institut für Fremdsprachen

Bachelorarbeit

Šárka Vašíčková

Analyse der deutschen Parteiprogramme

Olomouc 2016

Betreuer: Mgr. Pavel Hofírek

Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich meine Bachelorarbeit selbstständig verfasst habe und nur die im Literaturverzeichnis angegebenen Quellen benutzt habe.

In Olmütz, den 20. 04. 2016

Šárka Vašíčková

Danksagung

Ich möchte mich bei Pavel Hofírek für die fachliche Leitung der Arbeit und für allseitige Hilfe bedanken. Ich möchte mich auch bei Lenka Zatloukalová für die Sprachkorrektur bedanken.

Inhaltsverzeichnis

Einführung.....	6
Der theoretische Teil	8
1. Politische Theorien.....	8
1.1 Konservatismus	8
1.2 Liberalismus	8
1.3 Sozialismus.....	9
1.4 Kommunismus.....	9
2. Das politische Spektrum.....	10
2.1 Linksextremismus.....	10
2.2 Die Linke	11
2.3 Die Mitte.....	11
2.4 Die Rechte	11
2.5 Rechtsextremismus.....	12
3. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (allgemeine Charakteristik).....	13
4. Bündnis90 / die Grünen (allgemeine Charakteristik).....	15
5. Christlich-Soziale Union (allgemeine Charakteristik)	16
6. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Allgemeine Charakteristik)	18
7. Die Freie Demokratische Partei (allgemeine Charakteristik).....	19
8. Die Entwicklung des Parteiensystems in Deutschland nach 1945	20
8.1 Das Parteiensystem zwischen 1945-1949.....	20
8.2 Die Fünfzigerjahre im Sinne der Konsolidierungsphase.....	21
8.3 Das Dreiparteiensystem in Sechziger- und Siebzigerjahre.....	21
8.4 Die politischen Parteien seit 1983	22
8.5 Fünfparteiensystem 1998-2002	23
8.6 Die Veränderungen zwischen Jahren 2002-2016	23
9. Parteiprogramme	25
9.1 Grundsatz- und Aktionsprogramm	25
Der praktische Teil	26
1. CDU und KDU-ČSL	26
1.1 Bildungspolitik	26
1.2 Wirtschaftspolitik	28
1.3 Gesundheitspolitik.....	30
1.4 Die EU und Außenpolitik.....	31
2. Die FDP und die ODS	34
2.1 Bildungspolitik	34
2.2 Wirtschaftspolitik	36

2.3 Gesundheitspolitik	37
2.4 Die EU und Außenpolitik	38
Zusammenfassung	42
Liste von Abkürzungen:	43
Literaturverzeichnis:	44
Internetquellen:	47
Annotation	48

Einführung

Die Bachelorarbeit beschäftigt sich mit dem Thema Analyse der deutschen Parteiprogramme. Es geht um das politische Thema mit Orientierung v. a. auf die deutsche Politik. Ich habe es gewählt, weil es das Deutschland und die Politik betrifft und das beide interessiert mich. Das Ziel meiner Bachelorarbeit ist die Vorstellung mit der Politik im Rahmen der politischen Parteien und ihrer Parteiprogramme.

Diese Bachelorarbeit befasst sich zuerst im theoretischen Teil mit der politischen Theorie. Sie erklärt die Begriffe der politischen Theorien und des politischen Spektrums. Die Bachelorarbeit erwähnt, welche deutschen politischen Parteien zu diesen Begriffen gehören. Als nächstes beschreibt sie allgemeine Informationen über fünf deutsche Parteien, d. h. über die CDU, Bündnis / 90 Die Grünen, CSU, SPD und FDP. Im nächsten Thema beobachtet sie die wichtigsten Veränderungen im politischen Systems Deutschlands von 1945 bis zur Gegenwart. Zuletzt schreibt die Bachelorarbeit über die Charakteristik und Verteilung der Programme in zwei Arten – Aktions- und Grundsatzprogramm.

In praktischen Teil kommt die Bachelorarbeit an gleiche Analyse der deutschen Parteiprogramme und ihren Vergleich mit tschechischen Parteiprogrammen. Es geht um den Vergleich der deutschen teilweise oder völlig liberalen Parteien und ihrer tschechischen Äquivalenten, d. h. um die CDU und KDU-ČSL, die FDP und ODS. Es handelt sich um den Vergleich der Grundsatzprogramme der deutschen Parteien und der Wahlprogramme der tschechischen Parteien in vier Bereichen – Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik, Gesundheitspolitik sowie die EU und Außenpolitik. In der Arbeit wurden die Ähnlichkeiten und die Unterschiede analysieren. Die Hypothese ist, dass die alle Parteien ähnliche Meinungen haben und dass die deutschen Parteien sich mehr mit der Außenpolitik beschäftigen, weil Deutschland bedeutenderes Land in der EU als die Tschechische Republik ist.

Dieser Bachelorarbeit wird im theoretischen Teil in neun Kapitel und im praktischen Teil in zwei Kapitel geteilt. Den größten Umfang hat im theoretischen Teil das Kapitel acht, das sich mit Entwicklung des Parteiensystems nach 1945 beschäftigt. Ich bin der Meinung, dass es wichtig ist, die Entwicklung zu kennen, damit wir das ganze Parteiensystem verstehen können. Aus diesem Grund und weil die Geschichte ziemlich lang, von 1945, beschrieben wurde, ist dieses Kapitel das ausgedehnte. Weil die Kapitel im praktischen Teil sich mit den gleichen Bereichen befassen und Parteiprogramme fast gleiche Seitenzahl haben, haben die beiden Kapitel ähnlichen Umfang.

Die meisten Literaturquellen wurden aus der Staats- und Universitätsbibliothek benutzen, in der die Mehrheit in der deutsche Sprache zur Verfügung steht. Die Literaturquellen in der Universitätsbibliothek in Olomouc sind nicht zu ausgedehnt. Die meisten sind in der tschechischen Sprache geschrieben. Man kann nur ein paar Literaturen finden, die in der deutschen Sprache geschrieben wurden und die dieses Thema enthalten.

Der theoretische Teil

1. Politische Theorien

Zuerst beschreibe ich die Entstehung und die Merkmale der politischen Theorien.

1.1 Konservatismus

Der Konservatismus entwickelte sich als eine Reaktion auf die Revolution in Frankreich, die zwischen Jahren 1789 und 1799 verlief. Das Wort „konservativ“ entstand aus lateinischem Wort „conservare“, das ins Deutsche als „bewahren“ übersetzt wird. Die Hauptwörter, die man zur Beschreibung des Konservatismus benutzen kann, sind: restaurativ, reaktionär und traditionalistisch. Man muss aber den Traditionalismus und Konservatismus unterscheiden. *„Der Traditionalismus bezeichnet eine allgemein-menschliche Eigenschaft, dass wir am Althergebrachten zäh festhalten und ungern auf Neuerungen eingehen.“*¹ Dagegen Konservatismus wurde als Kind von Moderne bezeichnet und *„konservativ wird man erst, wenn man auf die Spaltung der politischen Strömungen und der Ideenwelt reagiert, wie sie durch den Progressismus der Revolutionszeit hervorgerufen worden ist.“*²

Die konservativen Gedanken kann man v. a. bei der CDU und der CSU sehen, die aber teilweise auch als liberale Partei wahrgenommen werden.

1.2 Liberalismus

*„Anliegen des Liberalismus ist die Entfaltung des Individuums: eine Entfaltung so umfassend, wie es die Handlungsräume aller anderen Individuen und die Belange der Allgemeinheit zulassen.“*³ Zu den Hauptforderungen des Liberalismus und später auch zu den Hauptpunkten der Demokratie gehören Rechts- und Verfassungsstaat, Repräsentativsystem oder Bürger- und Menschenrechte.

¹ OTTMANN, Henning. *Geschichte des politischen Denkens. Die Neuzeit. Die politischen Strömungen im 19. Jahrhundert.* Band 3. Stuttgart: J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung und Carl Ernst Poeschel Verlag GmbH, 2008. ISBN 978-3-476-02286-8. S. 1.

² Ebd. S. 2.

³ HEIDENREICH, Bernd (Hg.). *Politische Theorien des 19. Jahrhunderts.* Zweite, völlig neu bearbeitete Auflage. Berlin: Akademie Verlag GmbH, 2002. ISBN 3-05-003682-6. S. 212.

Das Wort „liberal“ entwickelte sich aus den römischen Begriffen „liber“ oder „liberalis“ und in deutsche Sprache übersetzt man es als „frei“ oder „vornehm.“ Der Liberalismus wurde als Begriff in der Politik erst im Jahre 1812 benutzt, weil die Anhänger der Verfassung in Spanien als „liberales“ genannt wurden.⁴

Die liberalen Ideen sieht man im Programm der FDP und teilweise im Programm der CDU und CSU.

1.3 Sozialismus

Das Wort „sozialismus“ entstand aus dem lateinischen „socialis“ oder aus dem Adjektiv „socius“ – Genosse. *„Erstmals begegnet man ihm gleichzeitig mit dem Worte Sozialist – in dem 1803 in Vincenza erschienenen Buche des Klerikers Giacomo Giuliani: L’antisocialismo confutato“*.⁵ Das Wort Sozialismus in dem heute gebrauchten Sinne entstand in England und zuerst kann man es in der Zeitschrift „Cooperative – magazine“, im November 1827 sehen.

*„In Verbindung mit den sozialen Bewegungen der Handwerker, den städtischen Armen und den industriellen Proletariats erhielt der Sozialismus eine klare Abgrenzung sowohl gegenüber der konservativen Idee des christlichen Staats als auch gegen die liberale Eigentumsvorstellung.“*⁷ Der Sozialismus kritisierte den Staat, die Religion oder das Privateigentum.

Als die größte politische Partei, mit den sozialen Ideen, könnte man die SPD anführen.

1.4 Kommunismus

Der gegenwärtige Kommunismus entstand mit Karl Marx, als er seine Jugendzeit während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland verbrachte. Drei Faktoren beeinflussten den Kommunismus: die Existenz und ökonomische Veränderungen wegen der industriellen Revolution, Hegelianismus und die Frustration aus nicht beendeter Französischer Revolution.⁸

⁴ OTTMANN, Henning. *Geschichte des politischen Denkens. Die Neuzeit. Die politischen Strömungen im 19. Jahrhundert.* Band 3. Stuttgart: J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung und Carl Ernst Poeschel Verlag GmbH, 2008. ISBN 978-3-476-02286-8.

⁵ Auf Deutsch: Anti-Sozialismus widerlegen

⁶ GROSSMANN, Henryk, GRÜNBERG Carl. *Anarchismus, Bolschewismus, Sozialismus.* Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, 1971. ISBN 3 434 10031 8. S. 194.

⁷ MÜLLER, Jost. *Sozialismus Rotbuch 3000.* Hamburg: Europäische Verlagsanstalt/Rotbuch Verlag, 2000. ISBN 3-434-53500-4. S. 7.

⁸ OZINGA, R., James. *Communism.: The story of the ideas and its implementation.* New Jersey: Prentice-Hall, Inc. A Division of Simon & Schuster Englewood Cliffs, 1987. ISBN 0-13-153966-3.

Das Wort Kommunismus entstand aus dem lateinischen „communis“ (gemeinsam, allgemein). Kommunismus als politische Ideologie charakterisiert man als Vision der Gesellschaft, die aus dem Gedanken, dass alle Leute gleiche Position haben und alle Leute alles besitzen, stammt. Weil der Kommunismus als unrealistische Vision mit unrealistischen Zielen bezeichnet wird, nennt man Kommunismus als utopische Ideologie.⁹

Die Hauptpartei, die die kommunistischen Strömungen hatte, war die KPD. (Kommunistische Partei Deutschland)

2. Das politische Spektrum

Jetzt erkläre ich die Merkmale und die Ziele des politischen Spektrums.

Das politische Spektrum wurde durch fünf Begriffe – Linksextrem, Linksradikal, Links, Mitte, Rechts, Rechtsradikal, Rechtsextrem – erklärt. Diese Bezeichnungen entstanden im Jahr 1789 in Frankreich bei der Sitzordnung der Nationalversammlung. Danach nannte man die politischen Parteien nicht mehr nur als Parteien, sondern als die „Linken“ und die „Rechten“.¹⁰

2.1 Linksextremismus

Zu den Merkmalen des Linksextremismus gehören erstens die Meinung der politischen Gleichheit, zweitens interessieren sie sich mehr auf die Mittel als auf Ziele.¹¹ „*Ihre Aktivitäten zielen je nach ideologischer Ausrichtung – revolutionär-marxistisch oder anarchistisch orientiert – auf die Errichtung eines sozialistisch/kommunistischen Systems bzw. einer herrschaftsfreien Gesellschaft (Anarchie) ab.*“¹²

⁹DAVID, Roman. *Politologie.: Základy společenských věd*. 4. Auflage. Olomouc: Nakladatelství Olomouc, s. r. o., 2002. ISBN 80-7182-116-0.

¹⁰*Die Begrifflichkeiten des politischen Spektrums I – Von links nach rechts* [online] 2011 [zit. 2015-12-5] Erreichbar unter: <https://respu.wordpress.com/2011/04/21/die-begrifflichkeiten-des-politischen-spektrums-i-von-links-nach-rechts/>

¹¹*Linksextremismus – analytische Kategorie oder politisches Schlagwort?* [online] 2014 [zit 2015-11-8] Erreichbar unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/191096/linksextremismus-analytische-kategorie-oder-politisches-schlagwort>

¹²SCHUBARTH, Wilfried, STÖSS Richard. *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*. Opladen: Leske + Budrich, 2001. ISBN 3-8100-3115-1. S. 15.

2.2 Die Linke

Als die „Linke“ bezeichnet man die politische Partei, die die progressiven, egalitären, und internationalen Meinungen durchsetzt. Die Bezeichnung egalitär kommt aus dem Motto der Französischen Revolution „liberté, égalité, fraternité“, das als Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit übersetzt wurde. Das Ziel der politischen Parteien ist die Beseitigung der politischen und gesellschaftlichen Ungleichheit der Menschen. Unter dem Wort Progressivität versteht man die Bemühung der politischen Parteien um eine Verbesserung der Gesellschaft, v. a. was die Menschenrechte betrifft, und der Heimat durch Fortschritt.¹³

Heutzutage werden in Deutschland die politischen Parteien Die Linke, teilweise Bündnis90 / Die Grünen und die SPD als die „Linke“ bezeichnet.

2.3 Die Mitte

Die sog. „politische Mitte“ kann man im Unterschied zu den Begriffen „Links“ und „Recht“ nicht stabil erklären und es geht um einem leeren Begriff. Es handelt sich um die politischen Parteien und die Abgeordneten, die sich von „Links“ und „Rechts“ abgrenzen.¹⁴

Heutzutage bezeichnet man die CDU als die politische Partei der Mitte.

2.4 Die Rechte

Als die „Rechte“ bezeichnet man die politische Partei, die die konservativen, nationalistischen und elitären Ideale durchsetzt. Unter dem elitären Ideal versteht man das Ziel der politischen Partei eine regierende Elite zu bilden und die Leute nach verschiedenen Aspekten einzuteilen. Durch konservative Meinungen bemühen sich die Parteien um eine Bewahrung der Normen und Traditionen. Der Hauptpunkt der „rechten“ Parteien heißt der Nationalismus. Die Parteien entscheiden sich im Hinblick auf die Auswirkung auf die Gesellschaft.¹⁵

Zurzeit gehören zur politischen „Rechte“ die politischen Parteien die CSU und teilweise die FDP.

¹³Die Begrifflichkeiten des politischen Spektrums I – Von links nach rechts [online] 2011 [zit. 2015-12-5] Erreichbar unter: <https://respu.wordpress.com/2011/04/21/die-begrifflichkeiten-des-politischen-spektrums-i-von-links-nach-rechts/>

¹⁴Die Begrifflichkeiten des politischen Spektrums I – Von links nach rechts [online] 2011 [zit. 2015-12-5] Erreichbar unter: <https://respu.wordpress.com/2011/04/21/die-begrifflichkeiten-des-politischen-spektrums-i-von-links-nach-rechts/>

¹⁵ Ebd.

2.5 Rechtsextremismus

„Rechtsextremismus kann als eine Sammelbezeichnung für antidemokratische Auffassungen und Bestrebungen mit traditionell politisch rechts einzuordnenden Ideologieelementen bezeichnet werden.“¹⁶ Der Rechtsextremismus und seine Ideologie begannen mit der Französischen Revolution im Jahr 1789. Es ging um die Ablösung des Absolutismus der Monarchie durch die Demokratie der Bürger.¹⁷ Nach Armin Pfahl-Traugber gehören zu den Ideologien des Extremismus v. a. Autoritarismus, Nationalismus, Antipluralismus und die Ungleichheit.¹⁸

¹⁶PFAHL – TRAUGHBER, Armin. *Rechtsextremismus. Untertitel: Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung*. 5. Aufl. Bonn: Bouvier Verlag, 1993. ISBN 3-416-02436-4. S. 18.

¹⁷SCHUBARTH, Wilfried, STÖSS Richard. *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*. Opladen: Leske + Budrich, 2001. ISBN 3-8100-3115-1. S. 102.

¹⁸MACKLENBURG, Jens. *Handbuch deutscher Rechtsextremismus*. Berlin: Elefanten Press Verlag GmbH, 1996.

3. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (allgemeine Charakteristik)

Im nächsten Kapitel beschäftige ich mich mit der allgemeinen Charakteristik der politischen Partei die CDU.

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der CDU sind miteinander eng verbunden. Die CDU gehört zu den deutschen Parteien, die im Vordergrund der politischen Szene im Laufe der Jahre standen. Dank ihres politischen Erfolgs wird die CDU überhaupt als bedeutungsvolle Partei angeführt. Ein Grund dafür ist, dass die CDU alle drei wichtige Bereiche des alltäglichen Funktionierens eine Partei durchlaufend innovierte – und zwar die Parteiorganisation, den Programmbereich und den inneren Parteiwettbewerb.¹⁹ „Die interessanteste Entwicklung im deutschen Parteiensystem nach 1945 stellt die Gründung und Geschichte der CDU dar.“²⁰

Die CDU, die sog. Bürgerliche Volkspartei, orientiert sich auf liberale, christlich-soziale und konservative Hauptströmung.²¹ Diese Hauptströmungen kann man schon in den ersten Programmen der CDU sehen, wo die Wörter Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit angegeben wurden.²²

Dank ihrer Ergebnisse in den Wahlen ist die CDU die erfolgreichste Partei in der deutschen Geschichte. Zusammen mit der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) gilt die CDU als stärkste Partei Deutschlands überhaupt. Die CDU/CSU enthält in jeder Bundestagswahl gegen 40 Prozent aller Stimmen. Es ist interessant, dass diese Partei meistens von Katholiken gestützt wird, aber von Protestanten enthält sie nur ein Drittel aller Stimmen.²³

¹⁹NIEDERMAYER, Oskar. *Handbuch Parteienforschung*. 1. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2013. ISBN 978-3-531-17698-7.

²⁰LÖSCHE, Peter. *Kleine Geschichte der deutschen Parteien*. 2. Aufl. Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer, 1994. ISBN 3-17-013135-4. S. 112.

²¹DECKER, Frank, et.an. *Handbuch der deutschen Parteien*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. ISBN 978-3-5311589-2.

²²NIEDERMAYER, Oskar. *Handbuch Parteienforschung*. 1. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2013. ISBN 978-3-531-17698-7.

²³LÖSCHE, Peter. *Kleine Geschichte der deutschen Parteien*. 2. Aufl. Stuttgart, Berlin, Köln, 1994. ISBN 3-17-013135-4.

Die CDU ist zwar eine von den christdemokratischen Parteien Europas, im Unterschied mit anderen westeuropäischen Parteien will sie jedoch auch an Protestanten zielen und sie weiß, dass auf diesem Gebiet noch zahlreiche Reserven vorkommen. Deswegen hat sie ihre Politik vielmehr als liberale und konservative Politik bestimmt. Grundsätzlich spielt die CDU nie eine starke Rolle der programmatischen Selbstverständigung.²⁴

²⁴DECKER, Frank, et.an. *Handbuch der deutschen Parteien*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. ISBN 978-3-5311589-2.

4. Bündnis90 / die Grünen (allgemeine Charakteristik)

Die politische Partei Die Grünen entstand im Jahr 1980 als eine Koalition aus verschiedenen heterogenen Interessen. Bündnis 90 entstand im Jahr 1991 aus den Bürgerbewegungen, die sich in 80er Jahren und vornehmlich im Jahr 1990 entwickelten. Die beiden Parteien verbunden sich im Jahr 1994 als Folge der Senkung der Popularität der Westgrünen, was auch durch Vereinigung Deutschlands in 1990 verursacht ist.²⁵ „*Gemeinsam bundespolitisch stark zu werden, statt einzeln unterzugehen, ist das Ziel.*“²⁶

Obwohl die Grünen als klassische Ein-Punkt-Partei entstanden, verbreiteten sie schnell ihre Politik auch in anderen Bereiche der Politik. Die Grünen beschreiben ihre Politik mit vier Hauptpunkten. Die erste Idee heißt „Ökologisch“ und bedeutet, dass die Leute ihre Umwelt als Bestandteil der Natur verstehen müssen. Den zweiten Punkt nennen wir „Sozial“ und geht es darum, dass der ständige Wachstumszwang die Zerstörung des menschlichen Lebens verursacht. Das dritte Wort ist „Basisdemokratisch“ und die Erklärung heißt, dass die Leute alles unter Kontrolle durch die sog. Basis haben müssen – die Basis wird v. a. durch alle staatlichen Institutionen, Ämter gebildet. Der vierte Kerngedanke meint dann, dass die Gewaltfreiheit zwischen allen Menschen existieren muss.²⁷ Die größte Programaffinität existiert dementsprechend mit der SPD, auch im Bereich des Bodenrechtes, der Verteilung vom Einkommen und in der Steuerproblematik.²⁸

²⁵EDWARDS, E. G. *German Political Parties, A Documentary Guide*. Gloucester: Action Typesetting Ltd., 1998. ISBN 0-7083-1417-1.

²⁶*35 grüne Jahre (15): Fusionsprozess von Bündnis 90 und Die Grünen* [online] 2013 [zit. 2015-12-12] Erreichbar unter: <http://www.gruene.de/ueber-uns/35-gruene-jahre-35-gruene-geschichten/35-gruene-jahre-15-fusionsprozess-von-buendnis-90-und-die-gruenen.html?type=%25252Fproc%25252Fself%25252Fenviron%2523menuItem1%23menuItem5>

²⁷MINTZEL, Alf, OBERREUTER, Heinrich. *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1990. ISBN 3-89331-051-7.

²⁸Ebd.

5. Christlich-Soziale Union (allgemeine Charakteristik)

„Die ersten Anstöße zur Gründung der Christlich-Sozialen Union vollzogen sich unter dem unmittelbaren Eindruck des katastrophalen Zusammenbruchs im Frühjahr 1945.“²⁹ Der größte Anlass für die Gründung neuer Partei kam von Menschen, die in Konzentrationslager waren. Die Erlösungen von der Diktatur des Nationalsozialismus führen zu den Versuchen, neue ideale Volkspartei zu gründen.³⁰

Die Hauptrolle spielte Adam Stegerwald, der ehemalige Ministerpräsident Preußens. Er setzte sich mit Dr. Josef Müller in Verbindung, der später zum Vorsitzenden der Partei genannt wurde, und verband sich mit Berlin, wo die Gründung der Partei zugestimmt werden musste. Am 21. August 1945 fand in Würzburg das erste Zusammentreffen statt und Stegerwald hatte hier eine Vorlesung über die neue entstandene Partei. Die Partei bekam ihren Namen und am 13. Oktober 1945 wurde sie formal gegründet. In München entstanden zwei Gruppen. Eine Gruppe bestand aus Menschen, die in der Bayerischen Volkspartei (BVP) tätig waren und aus den Mitgliedern des christlichen bayerischen Bauernvereins. Andere Gruppe, an der Spitze mit Dr. Josef Müller, bestand aus Mitgliedern der evangelischen Seite. Es kam zur Debatte über politische Meinung und Erweiterung der Organisation und es kam zur Entstehung oberbayrischer Verbände.³¹

Am 26. Januar 1945 entwickelte sich in Regensburg ein Christlicher Volksbund Bayerns. Die Vertreter verfassten ein Programm, in dem es um Handel im öffentlichen und im privaten Sinne ging. Der Bund bekam seinen Namen „Christlich-Sozialen Einigung in Bayern“ im Juli 1945 und fünf Monaten später wurde als Partei anerkannt. In anderen Zentren als Bamberg kam es zur Unionsgründung im September 1945 und in Nürnberg im Oktober 1945.³²

²⁹*Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU- 1945-1995.* München: Hanns-Seidel-Stiftung, 1995. ISBN 3-88795-220-0. S. 76.

³⁰GUTJAHR-LÖSER, Peter. *CSU Porträt einer Partei. Geschichte und Staat.* München-Wien: Günter Olzog Verlag, 1979. ISBN 3-7892-7132-2.

³¹ Ebd.

³²*Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU- 1945-1995.* München: Hanns-Seidel-Stiftung, 1995. ISBN 3-88795-220-0.

Die CDU als eine politische Partei charakterisiert sich im Programm von 1993 als „*Volkspartei, christlich, sozial, konservativ, liberal, eigenständig, bayerisch, deutsch, europäisch, pro-föderalistisch, in schöpferischer Verantwortung, als Partei der Mitte und als Heimatpartei.*“³³

³³HOPP, Gerhard, SEBALDT, Martin, ZEITLER Benjamin. *Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010. ISBN 978-3-531-17275-0. S. 176.

6. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Allgemeine Charakteristik)

Weil die SPD zuerst keine politische Partei, sondern eine soziale Bewegung war, ist aus dem historischen Gesichtspunkt schwer ein bestimmtes Entstehungsdatum zu sagen. Die erste Erwähnung datiert man mit dem Anfang des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) im Jahr 1863 oder vom Jahr 1848 mit der Entstehung der Arbeiter-Verbrüderung von Stephan Born. Man kann sagen: *„Irgendwann zwischen den 1830er und 1870er Jahren entstand in Deutschland – als Reaktion der neuen, industriellen Arbeiterklasse auf die Abhängigkeitsverhältnisse, Unsicherheiten und Krisen des neuen, industriellen Kapitalismus – die moderne Arbeiterbewegung.“*³⁴

*„Die Sozialdemokratie wollte in ihrer langen Geschichte stets mehr sein als ein Kanzlerwahlverein.“*³⁵ Das Hauptziel für die SPD war in der Vergangenheit und ist auch in der Gegenwart die Regierungsmacht. *„Im Grunde hat sich die SPD besonders durch ihren inneren sozialen und kulturellen Wandel in den späten sechziger, früher siebziger Jahren von einer ehemals freidenkerisch durchdrungenen zu einer mehr und mehr protestantisch argumentierenden Partei gewandelt.“*³⁶ An Programmen von der SPD lässt sich das Wort „Wofür“ sozialdemokratischer Politik ablesen. Im Jahr 1978 sagte dazu Willy Brandt, dass diese „Wofür“ man als die ethnische Antwort auf die Frage: „Wie“ erklärt: wie an die Macht gehen und hier bleiben.

Die Grundsatzprogramme gaben den Mitgliedern die moralische Rechtfertigung der Politik. Die Grundwerte der SPD waren das Maß, das zur Diskussion über politische Erfahrungen führte. Dank dieses Wechselverhältnisses können wir die SPD als Partei mit der Lebendigkeit bezeichnen.³⁷

³⁴WALTER, Franz. *Die SPD*. Berlin: Alexander Fest Verlag, 2002. ISBN 3-8286-0173-1. S. 7.

³⁵ *Das Grundsatzprogramm* [online] [zit. 2015-11-8] Erreichtbar unter: <https://www.spd.de/partei/organisation/das-grundsatzprogramm/>

³⁶LÖSCHE, Peter, WALTER, Franz. *Die SPD: Klassenpartei -Volkspartei -Quotenpartei*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992. ISBN 3-534-10994-5. S. 332.

³⁷*Das Grundsatzprogramm* [online] [zit. 2015-11-8] Erreichtbar unter: <https://www.spd.de/partei/organisation/das-grundsatzprogramm/>

7. Die Freie Demokratische Partei (allgemeine Charakteristik)

*„Die Liberalen können in Deutschland auf eine lange Tradition zurückblicken, die bereits in den Jahrzehnten vor der bürgerlichen Revolution von 1848/49 beginnt.“*³⁸ Eine westdeutsche liberale Partei mit dem Namen Freie Demokratische Partei wurde im Jahr 1948 in Heppenheim von Mitgliedern der DVP (Deutsche Volkspartei) gegründet. Als der erste Vorsitzende wurde Professor Dr. Heuss, der in der DVP der US-Zone tätig war, gewählt. Sein Vertreter war Franz Blücher, der in der FDP der britischen Zone tätig war. *„Schon diese Wahlen machen deutlich, dass es sich bei dieser neuen Partei im Grunde vor allem um den Zusammenschluss der beiden bisherigen Zonenparteien zuzüglich der Landesverbände der französischen Zone handelte.“*³⁹

*„Es versteht sich, dass die FDP als Partei die Auffassung von der ewigen Aktualität des Liberalismus vertritt. Das entbindet sich allerdings nicht von der Aufgabe, die sich aus dem liberalen Conto jeweils ableitenden Forderungen zu definieren und ihre Politik daran zu orientieren.“*⁴⁰ Nach dem Jahr 1945 in der Zeit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland orientierte sich die FDP auf die Freiheit mit den Zielen der nationalen Einheit, der Marktwirtschaft und der Trennung von Politik und Religion. *„Markwirtschaft, Antiklerikalismus und immer wieder durchbrechender Nationalismus erschienen während der gesamten fünfziger Jahre als er Liberalismus der FDP.“*⁴¹

³⁸ SONTHEIMER, Kurt, BLEEK, Wilhelm. *Grundzüge des politischen Systems Deutschlands*. 14. Aktualisierte Aufl. München: Piper Verlag GmbH, 2002. ISBN 3-492-21200-X. S. 242.

³⁹ HENNING, Friedrich. *F.D.P. Die Liberalen*. München: Günter Olzog Verlag, 1982. ISBN 3-7892-7134-9. S. 26.

⁴⁰ DITTBERNER, Jürgen. *Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005. ISBN 3-531-14050-7. S. 16.

⁴¹ Ebd. 18.

8. Die Entwicklung des Parteiensystems in Deutschland nach 1945

Jetzt führe ich ein Paar wichtige Ereignisse in der Geschichte des Parteiensystems.

8.1 Das Parteiensystem zwischen 1945-1949

Ein Parteiensystem beschreiben wir als Menge der Parteien, die zwischen sich eine Beziehung und eine quantitative Stellung haben.⁴² Die Entwicklung der Verbindung aller Parteien in eine politische Gesamtheit folgt nicht nur aus den Bedingungen der rechtlichen Rahmensetzung, sondern auch aus Abhängigkeit vom Wahlrecht und System der Regierung.⁴³

Das Parteiensystem, in der Form, wie wir es heute kennen, begann sich im Jahr 1945 nach dem Zusammenbruch der Zeit des Nationalsozialismus zu entwickeln. In jener Zeit wurden die politischen Parteien zum ersten Mal zu eindeutigen und unstreitigen demokratischen Prinzipien verpflichtet. Die neuen gesetzlichen Rahmenvorschriften sollten alle Schwächen der vorangehenden Demokratie der Weimarer Republik verhindern, weil gerade diese Schwachpunkte zur Zeit des Nationalismus und zur Abschaffung der Demokratie sowie des Parlamentarismus führten.⁴⁴

Die politischen Parteien SPD und KPD, die wieder gegründet waren, fuhren auch nach 1945 im Sinn der Weimarer Verfassung fort. CDU und CSU standen im Vordergrund der Neugründung, weil sie sich zu interkonfessionell-christlichen Parteien meldeten. Außerdem entstanden noch Kleinparteien, bürgerliche Regionalparteien und zahlreiche Splittergruppen. Bei Bundestagwahl im Jahr 1949 bekamen die CDU/CSU und die SPD 46 Prozent und erreichten zwei Drittel der Mandate, deshalb spricht man über ein System der Zweiparteiendominanz.⁴⁵

⁴²RUDZIO, Wolfgang. *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*. 5. Aufl. Opladen: Verlag Leske + Budrich, 2000. ISBN 3-8100-2593-3.

⁴³GERLACH, Irene. *Bundesrepublik Deutschland: Entwicklung, Strukturen und Akteure eine politischen Systems*. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010. ISBN 978-3-531-16265-2.

⁴⁴NIEDERMAYER, Oskar, et. al. *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*, 1. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH, 1993. ISBN 3-531-12354-8.

⁴⁵NIEDERMAYER, Oskar. *Handbuch Parteienforschung*. 1. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2013. ISBN 978-3-531-17698-7.

8.2 Die Fünfzigerjahre im Sinne der Konsolidierungsphase

In dieses Kapitel beschäftige ich mich mit westlichem Deutschland (d. h. BRD) und nicht mit östlichem Deutschland (d. h. DDR). Die Fünfzigerjahre beschreibt man als Konsolidierungsprozess der Zweiparteidominanz und als große Volatilität des Parteiensystems. Es kam zur Senkung des Formats des Parlaments von zehn auf vier Parteien. Ein Grund dafür war die Wahlrechtsänderung, konkreter gesagt die sog. Sperrklausel, in der geankert wurde, dass eine Partei mindestens fünf Prozent aller Stimmen erhalten muss, damit sie Mandate im Bundestag beanspruchen könnte. – Das führte selbstverständlich zur Verstärkung der größeren Parteien.⁴⁶ „*Es war vor allem die CDU, die die kleinen Parteien aufsaugte.*“⁴⁷ Die Kleinparteien wurden also dank der Sperrklausel benachteiligt.

8.3 Das Dreiparteiensystem in Sechziger- und Siebzigerjahre

Als Reaktion auf den Konsolidierungsprozess entstand nach den Bundestagswahlen 1957 das Dreiparteiensystem, das bis 1983 dauerte und das man mit der Hilfe der folgenden vier Merkmale erklären kann. Das erste Merkmal heißt: obwohl mehr als 15 politische Parteien an den Wahlen zwischen 1957 und 1976 teilnahmen, nur drei Parteien bekamen die Möglichkeit sich dank der Sperrklausel im Bundestag durchzusetzen. Das zweite Merkmal bedeutet eine kleine Fragmentierung, bei der die Volksparteien zwischen 82 und 92 Prozent Stimmen bekamen aber sie verteilten sich zwischen 87 und 94 Prozent der Mandate. Weil der Konzentrationsprozess der Fünfzigerjahre günstig für Union (d. h. CDU/CSU) war, beschreiben wir das dritte Kennzeichen als eine Asymmetrie zwischen den beiden Volksparteien (d. h. CDU/CSU versus SPD). Bei der Wahl 1972 verringerte jedoch die SPD diese Asymmetrie und stand als die stärkste Partei vor der Union. Das letzte Merkmal sagt uns, dass das Parteiensystem keine Segmentierung mehr aufwies, weil alle Parteien im Bundestag prinzipiell koalitionsfähig waren. Schon in den fünfziger Jahren entstand die erste große Koalition zwischen SPD und Union.⁴⁸

⁴⁶NIEDERMAYER, Oskar. *Handbuch Parteienforschung*. 1. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2013. ISBN 978-3-531-17698-7.

⁴⁷*Informationen zur politischen Bildung/izpb, Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. Nr. 292 (Mai 2013, überarbeitete Neuauflage). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Vieljährig. ISSN 0046-9408. S. 25.

⁴⁸NIEDERMAYER, Oskar. *Handbuch Parteienforschung*. 1. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2013. ISBN 978-3-531-17698-7.

8.4 Die politischen Parteien seit 1983

In den Achtzigerjahren ging es um Entstehung eines neuen Typs des Parteiensystems und um eine politische Pluralisierung, „d.h. um eine Erhöhung der durch die Anzahl und die Größenverhältnisse sowie die inhaltlichen Positionen der relevanten Parteien bestimmte Vielfalt im System.“⁴⁹ Das Parteiensystem wurde durch drei spezifische Ursachen verändert. Die erste Ursache war die Entstehung einer neuen Partei mit dem Namen „die Grünen“. Diese neue politische Formation erschien im Jahr 1983 zum ersten Mal im Deutschen Bundestag. Als Reaktion auf diese Tatsache entstanden zwei gegensätzliche politische Gruppen – auf der einen Seite standen die Unionsparteien und FDP auf der anderen Seite befanden sich SPD und die Grünen.⁵⁰ Nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag folgte die Senkung der Macht der Parteien CDU/CSU, FDP und SPD.⁵¹

Zur zweiten Ursache der großen Veränderungen des politischen Systems gehört die Vereinigung Deutschlands 1990. Bei dieser Wiedervereinigung kam es im vereinigten Staat zu zahlreichen Änderungen des Parteiensystems. In ganz Deutschland (d. h. in der BRD) entstand ein Drei- bis Vier-Parteien-System, das immer aus zwei großen Parteien (CDU/CSU, SPD) und einer bis zwei kleinen Parteien (Bündnis 90/die Grünen, die FDP) bestand.⁵²

Die dritte Ursache wurde als die Senkung der Macht, vor allem bei großen Parteien, charakterisiert. Der Grund war die Erhöhung der Zahl der großen Parteien und die Tatsache, dass sich bei Bundestagswahlen seit 1980 die Zahl der Wähler deutlich erhöht. Aus den großen Parteien hat vornehmlich die SPD die Macht verloren und deshalb hat sie sich mehr als die anderen Parteien mit den Koalitionspartnern verbunden.⁵³

⁴⁹NIEDERMAYER, Oskar. *Handbuch Parteienforschung*. 1. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2013. ISBN 978-3-531-17698-7. S. 748.

⁵⁰RUDZIO, Wolfgang. *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*. 5. Aufl. Opladen: Verlag Leske + Budrich, 2000. ISBN 3-8100-2593-3.

⁵¹SONTHEMIER, Kurt, BEEK Wilhelm. *Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. 9. Aufl. München: Piper Verlag, 1997. ISBN 3-492-21200-X.

⁵²*Entwicklung des deutschen Parteiensystems* [online] [zit. 2015-11-20] Erreichtbar unter: http://egora.uni-muenster.de/FmG/wahlen_s0002.shtml

⁵³RUDZIO, Wolfgang. *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*. 5. Aufl. Opladen: Verlag Leske + Budrich, 2000. ISBN 3-8100-2593-3.

8.5 Fünfparteiensystem 1998-2002

Zur nächsten Veränderung kam es im Jahr 1998 bei der Bundestagswahl. Diese Wahl war für die PDS (Partei des demokratischen Sozialismus) erfolgreich und in Unterschied zu vorigen Jahren tagten im Bundestag Vertreter von fünf Parteien: SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, PDS und FDP.⁵⁴

*„Der 27. September 1998 markiert einen historischen Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.“*⁵⁵ Die SPD gewann in der Bundestagswahl erst seit 1972 und Die Bündnis 90/die Grünen nahmen an der Bundesregierung zum ersten Mal seit der Gründung teil.

8.6 Die Veränderungen zwischen Jahren 2002-2016

Seit der deutschen Vereinigung im Jahr 1990 bemüht sich das Parteiensystem Deutschlands um ein „fluiden Fünfparteiensystems“ und dieses Ziel wurde nach Bundestagswahl im Jahr 2005 erreicht: *„es sind fünf relevante Parteien parlamentarisch vertreten und es spricht einiges dafür, dass sich dies in absehbarer Zeit nicht ändern wird.“*⁵⁶

Die große Veränderung des Parteiensystems kam nach Bundestagswahl im Jahr 2009, wenn sich das System mit Zweiparteiendominanz in ein pluralistisches System verändert. *„Neben der Strukturveränderung des Parteiensystems mit der Herausbildung einer relevanten Wahlalternative zu den Volksparteien auf beiden Seiten des den Parteienwettbewerb dominierenden Sozialstaatskonflikts“*⁵⁷ existieren die anderen Ursache: Flexibilisierung des Wahlverhaltens, Versenkung der Kernwählergruppen der Parteien und Erosion der sozialen Milieus.

⁵⁴SONTHEMIER, Kurt, BEEK Wilhelm. *Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. 9. Aufl. München: Piper Verlag, 1997. ISBN 3-492-21200-X.

⁵⁵KIEßLING Andreas. *Politische Kultur und Parteien im vereinten Deutschland. Untertitel: Determinanten der Entwicklung des Parteiensystems*. München: Forschungsgruppe Deutschland, 1999. ISBN 3-933456-07-X. S. 45.

⁵⁶NIEDERMAYER, Oskar (Hrsg.). *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008. ISBN 978-3-531-15245-5. S. 9.

⁵⁷NIEDERMAYER, Oskar (Hrsg.). *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011. ISBN 978-3-531-17935-3. S. 16.

Der Typwechsel von einem Parteiensystem nach Bundestagswahl 2009 kehrte im Jahr 2013 wieder zurück und entstand das System mit Zweiparteiendominanz, d. h. die Parteien, die im Parlament dominierten, bekamen mehr als ein Viertel der Mandate und zusammen erreichten sie mindestens die Zwei-Drittel-Grenze der Mandate.⁵⁸

⁵⁸NIEDERMAYER, Oskar. *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013*. Wiesbaden: Springer VS, 2015. ISBN 978-3-658-02851-0.

9. Parteiprogramme

Im nächsten Thema beschäftige ich mich mit Verteilung und Charakteristik der Parteiprogramme.

In den meisten Programmen findet man die politischen Ziele und eine grundsätzliche Festlegung der Parteien. Die politischen Parteien beschäftigen sich vor allem mit der Staatsform, die die einzelnen politischen Parteien bevorzugen. Die nächste Angabe, mit der sich die Parteien befassen, heißt die Weltanschauung. Diese Angabe wird über die religiösen Fragen und die Kulturfragen ergänzt. Als die wichtigste Angabe und der Hauptinhalt des Programms bezeichnet man die Wirtschaftsfragen, die sich unter anderem mit den Finanzen, dem Währungssystem, den Steuern, den Löhnen und den Preisen beschäftigen.⁵⁹

9.1 Grundsatz- und Aktionsprogramm

*„Grundsatzprogramme formulieren das Gesellschaftsverständnis, den Wertkodex der Partei, sie haben Bekenntnischarakter und sind für einen relativ langen Zeitraum formuliert.“*⁶⁰ Das Grundsatzprogramm bildet die inhaltliche Parteiverfassung und formuliert das Verständnis von Gesellschaft und Staat.

Das Aktionsprogramm ist solches Programm, das das Grundsatzprogramm für die nächsten Jahre konkretisiert und muss über die Politik der politischen Partei während der bevorstehenden Legislaturperiode informieren. Das Aktionsprogramm steht mit Grundsatzprogramm in enger Beziehung, aber im Vergleich mit dem antwortet es auf die speziellen, politischen, gerade anstehenden Fragen.⁶¹ Die Aktionsprogramme unterteilt man in drei Arten: Regierungsprogramme, Spezialprogramme und Wahlprogramme. Das Regierungsprogramm ist von einer Partei nach den Regierungstätigkeiten als tatsächliche oder mögliche Regierungspartei formuliert. Das Wahlprogramm beschreibt die Stritte einer Partei nach einem potenziellen Wahlsieg mit der Absicht, damit die Partei so viel wie möglich Stimmen bekommt. Das Spezialprogramm beschäftigt sich mit den bestimmten Teilbereichen der Politik.⁶²

⁵⁹KATZER, Maximilian. *Parteiprogramme und Demokratie: Eine Anregung zum politischen Denken*. Meisenheim/Glan: Westkultur-Verlag, 1948. ISBN wurde nicht angeführt.

⁶⁰KADAN, Albert, PELINKA, Anton. *Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien: Dokumentation und Analyse*. St. Pölten: Niederösterreichisches Pressehaus, 1979. ISBN 3 85326 485 9. S. 7.

⁶¹FLOHR, Heiner. *Parteiprogramme in der Demokratie: Ein Beitrag zur Theorie der rationalen Politik*. Göttingen: Verlag Otto Schwarz & Co, 1968. ISBN wurde nicht angeführt. S. 67.

⁶²KADAN, Albert, PELINKA, Anton. *Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien: Dokumentation und Analyse*. St. Pölten: Niederösterreichisches Pressehaus, 1979. ISBN 3 85326 485 9.

Der praktische Teil

In der Praktische Teil beschreibe und vergleiche ich die politischen Ziele und Meinungen der deutschen Partei CDU mit der tschechischen äquivalenten Partei KDU-ČSL und der deutschen Partei FDP mit der tschechischen äquivalenten Partei ODS im Bereich der Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik, Gesundheitspolitik und Außenpolitik.

1. CDU und KDU-ČSL

Zuerst beschreibe ich die politischen Ziele und Meinungen der erfolgreichsten Partei in der deutschen Geschichte – der CDU und der tschechischen äquivalenten Partei – KDU-ČSL.

Das Grundsatzprogramm der CDU „Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland.“ Wurde vom 21. Parteitag am 3. Und 4. Dezember 2007 in Hannover beschlossen. Das Programm besteht aus einer Präambel, acht Kapitel und einem Stichwortverzeichnis und hat insgesamt 121 Seiten.

Das Wahlprogramm der KDU-ČSL „Wir bringen das Land in Ordnung“ wurde für die Wahlperiode 2013-2017 geschrieben. Das Programm besteht aus einem Einleitungswort des Vorsitzenden der Partei, 14 Kapiteln und hat insgesamt 13 Seiten. Der Slogan der KDU-ČSL heißt „Möchten Sie als die Leuten in Deutschland leben? Wählen Sie als in Deutschland!“

1.1 Bildungspolitik

Die CDU spricht im ersten Teil vom vierten Kapitel des Programms über die Ausbildung im Sinne des ersten Schritts für die Chance in unserem Leben und sagt, dass die Herkunft von Leuten keinen Einfluss auf Ausbildung haben sollte. Die CDU fördert die Verbesserung der Qualität im Bildungswesen für die Kinder als auch für die Erwachsenen in Weiterbildung. *„Nur bessere Bildung für mehr Menschen wird Wohlstand nachhaltig sichern.“*⁶³ Das Strichwort der CDU heißt „Fordern und fördern“ und bedeutet, dass bei Jugendlichen ihre starken Seiten entwickelt werden sollen. Nach der CDU muss die Theorie und Praxis gleichberechtigt werden.

⁶³*Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland* [online] [zit. 2016-2-9] Erreichbar unter: <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf?file=1>. S. 31.

Weiter beschäftigt sich das Grundsatzprogramm mit der Forschung und der Wissenschaft und bezeichnet diese zwei Tätigkeiten als Reichtum einer Gesellschaft und als Symbol der Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Ländern. „*Sie sind wesentlich für Fortschritte in Medizin, Welternährung, Sicherheit, Kommunikation, umweltfreundlicher Mobilität und Energieversorgung.*“⁶⁴ Die Forschung und die Wissenschaft sollte durch Staat und Bundesrepubliken unterstützen werden.

Die KDU-ČSL bezeichnet die Ausbildung als die Chance und Bedingung für das erfolgreiche Leben jedes Menschen. Die KDU-ČSL setzt durch, die Möglichkeit der Eltern ihre Kinder in den Kindergarten schon in drei Jahren zu platzieren. Die KDU-ČSL wollte umsetzen, die Pflicht der Eltern ihre Kinder für die Grundschule von fünf Jahren vorzubereiten. Die Eltern sollten die Möglichkeit haben, entweder den Kindergarten oder Hausausbildung zu wählen.

Für die KDU-ČSL ist wichtig die Kapazität der Kindergarten oder andere Formen der vorschulischen Ausbildung, d. h. Universitäts- oder Unternehmenskindergarten usw., durch die Förderung der Stifter mit Hilfe der europäischen Fonds zu vergrößern. Die Ausbildungsqualität der Grund- und Mittelschüler muss verbessert werden. Ein Mittel dafür ist die Beglaubigung der Schülersausbildung z. B. durch die Tests in fünfter und neunter Klasse oder durch das staatliche Abitur.

Nach der KDU-ČSL sollte die ethische Kunde in jeder Schule sein. Die KDU-ČSL als auch die CDU sprechen über die Praxis in der Schule. Die tschechische Partei fördert die praktischen Fächer und legt Wert auf die Bürgerausbildung. Nach der KDU-ČSL ist es nötig das duale System in Schulwesen zu stärken, d. h. Förderung der Zusammenarbeit zwischen der Schule und dem Unternehmen. Die nächste Aufgabe der KDU-ČSL ist die Sicherung der Anwendung der Absolventen, z. B. bei der Mittelschule mit der Hilfe der Ferienpraxis.

Die KDU-ČSL beschäftigt sich weiter mit der Hochschulausbildung. Die Priorität ist die gleichwertige Möglichkeit für alle Studenten an der Uni zu studieren. Deshalb ist die demokratische Partei gegen das Schulgeld an der Uni im Falle des ordentlichen und nicht verlängerten Studiums. Die Politiker denken, dass die Vorbereitung der Lehrer wichtig ist. Diese Vorbereitung sollte nach den heutigen Schulbedürfnissen verändert werden. Die Stellung der Lehrer in der Gesellschaft sollte nach der KDU-ČSL auch verbessert werden.

⁶⁴*Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland* [online] [zit. 2016-2-9] Erreichbar unter: <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf?file=1>. S. 40.

Die Finanzierung des Schulwesens steht im Blickpunkt der KDU-ČSL und die Politiker kämpfen für die Verbesserung der Finanzierung, damit die TR den europäischen Standard bis Jahr 2017 erreicht. Mit Finanzierung hängen die Löhne der Lehren zusammen. Die Löhne sollten erhöht werden und mit Karrieresystem verbunden werden. Die KDU-ČSL fördert die Forschung und Wissenschaft mit der Hilfe und Zusammenarbeit der „Akademie der Wissenschaft der TR“, der Universitäten und Benutzung der Forschungskapazität.

1.2 Wirtschaftspolitik

Die Politiker wollen die Position der EU im Bereich der Wirtschaft und Wertegemeinschaft stärken. Die CDU ist überzeugt, dass es wichtig ist, die internationalen Organisationen zu verbessern und die Politik des freien Markts und die faire Handlung zu fördern. Die CDU streitet für die Senkung der Bürokratie, die Verringerung der Staatsanteile, die Verbesserung der Finanzierung der Unternehmen und Arbeitsrecht und Steuerrecht übersichtlich zu machen. Nach der CDU ist es nötig, das Vertrauen der Menschen in sozialer Wirtschaft wieder zu gewinnen und das attraktive Deutschland für Investitionen und Unternehmen zu bilden. Nach der CDU ist die Schwarzarbeit und Abgang der Arbeitgeber nach Ausland problematisch und deshalb setzt sie die niedrigen Lohnzusatzkosten durch.

Im nächsten Teil handelt es sich um Schulden in Deutschland, die untragbar sind. Die CDU meint, dass die Verschuldung gestoppt werden muss und man mehr auf die Zukunft denken muss. *„Stoppen wir die Verschuldung nicht, wird der Staat in Zukunft wichtige Aufgaben nicht mehr erfüllen können.“*⁶⁵ Sie sagen, dass in Verfassung die Begrenzung der Verschuldung sein sollte. Die CDU bemüht sich um die Senkung der Sozialbeiträge und der direkten Steuern, die an der Position der indirekten Steuern sein sollten. Sie sagen, dass Deutschland die neue Finanzverfassung braucht und dass jedes Land die größere Verantwortung bei der Finanz tragen sollte und damit die Situation mit Steuern zu verbessern.

Über die Umbrüche in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, wie sie sich von Diktatur bis Demokratie veränderte, spricht man am Ende dieses Kapitels. Ein Problem ist es, dass Ostdeutschland stärker als Westdeutschland ist, und CDU wollte die Bedingungen gleichberechtigten. Für die CDU ist es nötig die Regionen durch vielseitige Zusammenarbeit und durch die EU zu fördern, damit sie wettbewerbsfähig wären, das betrifft z. B. der Integration der Arbeitskräfte, der Infrastruktur.

⁶⁵*Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland* [online] [zit. 2016-2-9] Erreichbar unter: <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf?file=1>. S. 67.

Die KDU-ČSL beschäftigt sich mit Staatsverschuldung. Zur Bremsung der Staatsverschuldung sollte nach der KDU-ČSL die Finanzverfassung benutzt werden und der Defizit öffentlicher Finanzen sollte unter der Grenze drei Prozent der BIP bleiben. Der Staat sollte auf keinen Fall für die Investitionen, sondern für Betrieb sparen. Ein Mittel dafür ist nach der KDU-ČSL die Beschränkung der Betriebsausgaben der öffentlichen Verwaltung sowie die Beschränkung der unbrauchbaren Staatsagenda.

Der nächste Punkt heißt die Steuern. Die Demokraten sagen, dass sie die Steuerbelastung nicht erhöht wollten. Die KDU-ČSL zielt auf die Minderung des Steuerbetrugs mit der Hilfe der Registrierkassen. Im Falle der besseren ökonomischen Situation in der TR haben die Demokraten vor, die Mehrwertsteuer aus 15 % zu 10 % bei den Grundbedürfnissen zu senken. Die Grundbedürfnisse der Kinder bekommen dieser Senkung seit 2015 und die KDU-ČSL bemüht sich um keine MwSt. bei den Windeln oder Kindernahrung in der EU. Die Steuer aus Dividende wollen die Politiker bewahren. Im Wahlprogramm geht es um die Steuern und die Familie. Die KDU-ČSL ist für die Erneuerung des Steuerrabatts der Kinder und Ehemann oder Ehefrau für die Gewerbetreibenden sowie die für die Rentner, die arbeiten. Weiter wollte die KDU-ČSL die gemeinsamen Steuern der Ehepaare. Die Einkommensteuer sollten in drei Sätze – 12 %, 20 %, 28 % aus dem Bruttolohn, geteilt werden. Die Demokraten schlagen die Erhöhung des Mindestlohns vor.

Das Ziel der KDU-ČSL ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Bildung der Arbeitsplätze. Als ein Mittel dafür bezeichnet sie die keine Steuererhöhung für die Gewerbetreibenden und Firmen. Aus der Seite des Staates ist es nötig, die kleinen und mittleren Firmen mit der Hilfe der Veränderung des Arbeitsgesetzbuchs zu fördern. Weil der Preis der Arbeit in der TR zu der größten in der EU gehört, unterstützt die KDU-ČSL die Minderung. Die Politiker schlagen vor, das Geld aus der EU für die Projekte, die neue Arbeitsplätze bilden, zu benutzen. Die Priorität heißt die Infrastruktur und Bauwesen. Die KDU-ČSL konzentriert sich auf die Überbürokratie und legislative Barriere, die die Realisierung der Aufträge komplizieren. Sie wollte das Gesetz über öffentliche Aufträge vereinfachen und der Institution „Amt für die Schutz des Wirtschaftswettbewerbs“ größere Position garantieren.

1.3 Gesundheitspolitik

Das Ziel der CDU ist, dass jeder Mensch bestimmte Versorgung in der Medizin ohne Rücksicht auf Alter oder Gehalt hat. Die Volkspartei will die Qualität des Gesundheitswesens mit der Stärkung des Qualitätswettbewerbs. Nach der CDU ist jeder Mensch selbst verantwortlich für seine Krankheiten und Gesundheit. *„Die Prävention wird deshalb zu einer eigenständigen Säule neben der Akutbehandlung, der Rehabilitation und der Pflege ausgebaut.“*⁶⁶

Die CDU setzt die Hochleistungsmedizin und Lebensqualität durch. Die Pflegesicherung ist einer von wichtigen Teilen in der Gesellschaft und es ist wichtig die höchste Qualität anzubieten. Die Pflegepolitik der CDU geht von Motto: „Ambulant von stationär“ und die Formen der Betreuung und Wohnung müssen sich nach der Meinung der CDU entwickeln und verbessern. Die behinderten sollten die gleichen Bedingungen in allen Bereichen des Lebens haben und die Barrierefreiheit muss notwendig ist.

Die CDU spricht über die Würde der Leute und sagt, dass der Mensch nur Subjekt, nie Objekt sein kann. Nach der CDU muss jeder Mensch und seine Würde in allen Lebensphasen geschützt werden. Weil die CDU meint, dass alle Leute das Recht haben, das Leben mit Würde zu erleben, unterstützen sie die Hospize und andere Einrichtungen für Sterbende und Kranke.

Die KDU-ČSL beschäftigt sich mit Leben und sagt, dass das Leben den größten Wert hat und dass es geschützt werden muss. Die Demokraten zielen auf die Motivierung der Menschen zu gesundem Lebensstil und zur Verantwortung für ihre Gesundheit. Die KDU-ČSL setzt die Förderung und Erweiterung der Rehabilitationen, der langfristigen Gesundheitspflege sowie der Hospize und der geistigen Gesundheit durch. Die Politiker konzentrieren sich auf die Erreichbarkeit der Behandlung der Alzheimerkrankheit und anderer Krankheiten, die das Produktivleben der Menschen verkürzen. Die KDU-ČSL lehnt die aktive Euthanasie ab.

Im nächsten Thema des Krankheitswesens schreiben die Politiker über die Vorbereitung der Ärzte und Krankenschwestern. Die KDU-ČSL hat vor, den Rechtsschutz der Angestellten in Krankheitswesen zu verbessern. Ein wichtiger Teil von diesem Schutz hängt mit gefährlichen physischen Angriffen zusammen.

⁶⁶*Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland* [online] [zit. 2016-2-9] Erreichbar unter: <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf?file=1>. S. 61.

Die KDU-ČSL befasst sich auch mit Frauen und Elternschaft. Die Politiker wollten die Bedingungen für die schwangeren Frauen in unangenehmen Familiensituationen verbessern. Die Mittel sind für die KDU-ČSL die beschleunigte Adoption, verheimlichte Geburt sowie die Babyklappe. Die Ersatzelternschaft muss im Bereich der Administration und Justiz vereinfacht werden. Die KDU-ČSL setzt durch, die Beteiligung der Bürger auf dem Krankensektor. Das Mittel dafür ist die Pflicht der Bürger 30 Tagen pro Jahr, die sie im Krankenhaus verbringen, zu bezahlen.

Die TR leidet den Mangel an Ärzten, Gynäkologen, Zahnärzten und anderem Sanitätspersonal. Die KDU-ČSL bemüht sich um die Einstellung dieses Mangels. Weiter handelt es sich im Wahlprogramm um die Arztpraxis. Die Demokraten wollten die Praxisüberführung durch das Erbe oder den Verkauf erleichtern. Nach der KDU-ČSL muss das System der Weiterbildung in Krankenwesen einigt sein.

Ein Teil vom Krankheitswesensthema der KDU-ČSL heißt das Gewissen. Die Demokraten setzen sich für die Rechtsanpassung dieser Problematik ein. Nach der KDU-ČSL ist es notwendig, mit den Fakultätskrankenhäusern und akademischer Gemeinde zusammenzuarbeiten und das Gesetz über die Universitätskrankenhäuser zu beenden. Die nächste Aufgabe ist das Gesetz über die gemeinnützigen Sanitätseinrichtungen vorzuführen.

Die KDU-ČSL befasst sich mit der Versicherung. Die bestimmten Bezahlungsstandards sollten für alle Versicherungsanstalten pflichtig sein und die Bedingungen sollten für die Bildung des Standards der fachlichen Arztpflege gebildet sein. Die KDU-ČSL hat vor, die Regeln im Bereich der Netzbildung der Krankheitseinrichtungen zu errichten, die durch die öffentliche Versicherung von Versicherungsanstalten finanziert wird.

1.4 Die EU und Außenpolitik

Für jedes Land ist es wichtig sich in Europa aktiv durchzusetzen und die Einheit Europas zu bilden. „Die europäische Einigung ist die größte politische Erfolgsgeschichte unseres Kontinents.“⁶⁷ Heutzutage garantiert die Sicherheit und Freiheit die Europäische Union und die CDU ist überzeugt, dass gerade die EU die beste Lösung der Probleme, wie z. B. Globalisierung, Klimawandel, ist.

⁶⁷*Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland* [online] [zit. 2016-2-9] Erreichbar unter: <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf?file=1>. S. 97.

Die EU sollte eine Verfassung haben und das Europäische Parlament sollte verstärkt sein. Die Hauptpartner des Deutschlands ist vor allem Frankreich und die CDU wollte diese Zusammenarbeit weiter halten. Die Volkspartei hat vor, im Rahmen der EU eine Sicherheits- und Außenpolitik zusammen mit Rohstoffsicherheit in einer Strategie zu verbinden. Die CDU kämpft dafür, damit Europa als Partner und nicht das Gegengewicht der USA wäre.

Der letzte Teil des Grundsatzprogramms beschäftigt sich mit dem Außenhandel und der Kooperation mit anderen Ländern, die sich zusammen um Frieden und Freiheit bemühen, deshalb ist die Investition in den internationalen Beziehungen und in der EU nötig. Was die Sicherheit betrifft, ist die NATO für Deutschland eines der wichtigsten Mittel. Das nächste Mittel dafür ist die Armee und nach der CDU sollte sie in dem Fall des Bedürfnisses finanziert und unterstützt werden. Sie setzen die Wehrpflicht und gleichzeitig die Ersatzdienst der Zivilisten durch. Als nächstes spricht die CDU über die historische Verantwortung für Israel und wollte die Situation des Nahen und Mittleren Ostens mit Mitarbeit mit anderen Ländern lösen. Die Zusammenarbeit mit anderen Ländern sollte zur Demokratie und zur Gleichgerechtigkeit in islamischen Staaten benutzt werden und in Afrika sollte sie mit Problemen, z. B. Armut, Hungersnot, Schulwesen oder Ausbildung, helfen. Wichtig ist die Kooperation mit Lateinamerika, vor allem in der Frage der globalen Problemen und Demokratie. Die CDU spricht über Beziehungen mit China und Russland und meint, dass Deutschland in diesem Bereich investieren muss.⁶⁸

Die KDU-ČSL befasst sich auch mit der EU. Die Politiker legen Wert auf die Nutzung der Fonds der EU v. a. für die Förderung des Landes und der Beschäftigung. Sie will die Fonds für die Förderung des gemeinnützigen Sektors oder Gemeinde vereinfachen. Die KDU-ČSL spricht weiter über den finanziellen Sektor und sagt, dass er die strengen Regeln braucht, damit er keine weitere Wirtschaftskrise nicht verursacht.

Die TR sollte nach Demokraten in Europäische Währungsunion eintreten. Die KDU-ČSL wollte den Eintritt des tschechischen Unternehmens auf dem Markt anderer Staaten erleichtern. Die Demokraten sind der Meinung, dass die Verbraucher und die einzelnen Märkte geschützt werden sollen. Es ist notwendig die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz entwickeln und neues Amt „Die Europäische Staatsanwaltschaft zur Untersuchung von Betrug mit EU-Subventionen“ gründen.

⁶⁸Oben erwähnten Informationen über die Partei CDU wurden aus dem CDU-Grundsatzprogramm übernommen und paraphrasiert. *Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland* [online] [zit. 2016-2-9] Erreichbar unter: <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf?file=1>

Die KDU-ČSL fördert die Erweiterung der EU-Staaten. Sie lehnt die Mitgliedschaft der Türkei ab. Die Demokraten bietet nur die Partnerschaft zwischen EU und der Türkei an. Das nächste Thema, das mit der EU zusammenhängt, heißt die Migration. Es ist notwendig direkte Einwanderungspolitik zu führen und die Integration der Migranten zu fördern. Die KDU-ČSL spricht weiter über Armee. Weil die USA die Armee in Europa beschränken, sollte die EU die Armeekapazität bilden. Die Demokraten sind der Meinung, dass die Zusammenarbeit zwischen Nachbarländer, d. h. Deutschland, Polend, Österreich und der Slowakei, nützlich ist.

Das nächste Thema, das mit EU zusammenhängt, nennt man die auswärtigen Angelegenheiten. Die KDU-ČSL setzt sich für die Energiesicherheit ein. Die Diplomatie und politische Lösungen sollten nach der Meinung der KDU-ČSL in den Situationen des Bürgerkrieges benutzt werden. Die Politiker sprechen über das konkrete Problem zwischen Palästina und Israel und sagen, dass es nötig ist, die Friedenslösungen mit der Rücksicht auf Israel zu finden. Die KDU-ČSL schreibt über die Menschenrechte und Demokratie, die in ganzer Welt durchsetzen werden sollten.

Die Demokraten fördern die Tätigkeiten, die die tschechische Sprache und die Informationen über TR weltweit erweitern, z. B. „Tschechische Schule ohne Grenzen.“ Als nächste fördert die KDU-ČSL den Empfang des Gesetzes über Auslandsdienst und die Durchsetzung sowie die Aussuchung der Kandidaten für die Institutionen der EU.

Zuletzt spricht die KDU-ČSL über die Armee. Die Politiker lehnen die Verminderung der Armeeausgaben ab und bei der Erhöhung BIP fördern sie das Wachstum zur 1,5%. Die KDU-ČSL stellt fest, dass die Mitgliedstaaten der NATO die Grenzen 2% erreichen sollten. Die Demokraten haben vor, die Armeeausrüstung im Rahmen der Allianz- sowie Unionsagenturen einzukaufen. Die Politiker wollen die Luftwaffen in die Armee bewahren, damit die TR im System der NATINADS, d. h. die gegenluftige Verteidigung, fortsetzen kann. Der nächste Punkt betrifft die Naturkatastrophen. Die Armee sollte nach der KDU-ČSL größere Rolle übernehmen.⁶⁹

⁶⁹Oben erwähnten Informationen über die Partei KDU-ČSL wurden aus dem KDU-ČSL-Wahlprogramm übernommen und paraphrasiert [online] [zit. 2016-3-5] Erreichbar unter: <http://www.kdu.cz/getattachment/6089d21c-eba3-4e8e-b390-1b922500af73/Volebni-program-pro-volby-do-poslanecke-snemovny-2.aspx>

2. Die FDP und die ODS

Zum Schluss beschreibe ich die politische Ziele und Meinungen der deutschen Partei FDP und der tschechischen äquivalenten Partei ODS.

Das Grundsatzprogramm der FDP „Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthese der FDP für eine offene Bürgergesellschaft“ wurde am 22. April 2012 in Karlsruhe bei der Gelegenheit des 63. Bundesparteitages der FDP beschlossen. Das Grundsatzprogramm besteht aus dem Vorwort vom Generalsekretär der FDP Patrik Döring, vier Kapitel, Nachwort und der Liste der Mitglieder der Kommission. Insgesamt hat das Programm 121 Seiten.

Das Wahlprogramm der ODS wurde für die Wahlperiode 2013-2016 geschrieben. Das Programm besteht aus der Präambel und 14 Kapiteln. Insgesamt disponiert das Programm über 30 Seiten.

2.1 Bildungspolitik

*„Bildung ist ein lebenslanger Lernprozess, der Menschen befähigt, sich selbstbestimmt zu entfalten und mündige Mitglieder einer freien Gesellschaft zu werden.“*⁷⁰ Für die Liberalen bedeutet Bildung nicht nur Schule oder Studium, sondern auch verschiedene Weiterbildung und der Staat sollte sich zusammen mit den Unternehmen an der Förderung teilnehmen. Deutschland sollte nach FDP mehr in Bildung investieren, weil durch Bildung die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, Gerechtigkeit der Gesellschaft und Fähigkeit der Menschen wächst. Es ist nötig, das hochqualitative und vielfältige Schulsystem auf allen Ebenen zu haben. Die Situation im Bildungssystem hängt von der Qualifikation der Lehrenden und ihrer Weiterbildung sowie Entwicklung ab. Für den Übergang von Schule in die Arbeit sollte die Kooperation des Schulsystems und Wirtschaft helfen und die Perspektive der Absolventen dadurch erhöhen. Die FDP fördert die Kindergärten und setzt ihre Flexibilität, andere Formen und Angebot der Ganztagesbetreuung. Die Kindergärten sollten finanziell unterstützt werden, damit die Qualität verbessert wird.

⁷⁰ *Verantwortung für die Freiheit. Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthese der FDP Karlsruher Freiheitsthese der FDP Karlsruher Freiheitsthese der FDP für eine offene Bürgergesellschaft. für eine offene Bürgergesellschaft.* [online] [zit. 2016-2-15] Erreichtbar unter: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/01/28/karlsruherfreiheitsthese.pdf> . S. 50.

Die Politik der FDP beschäftigt sich mit der Wissenschaft und Forschung. Für die Liberalen es ist wichtig, die hochqualitativen Universitäten und Hochschulen zu haben. Sie unterstützen die Wissenschaft und ihre Forschung in allen Bereichen. Die Kooperation der Wirtschaft und Wissenschaft ist nötig um die Idee aus dem Labor schnell wegzunehmen.

Die ODS spricht über das Bildungswesen, das keine Experimente, sondern das Vertrauen zwischen Menschen und Staat braucht. Für die hochwertige Ausbildung ist es nötig, über die Stabilität und festen Regeln zu disponieren. Die Politiker sagen, dass die zukünftige Prosperität des Staates von Qualitätsausbildung abhängig ist.

Die ODS beschäftigt sich mit dem Beruf der Lehrer. Sie setzt sich für das motivierende Karrieresystem ein, das den Lehrern die bessere Lebensaussicht oder Weiterbildung sowie die Entwicklung anbietet. Die Überbürokratie sollte verhindert werden, damit die Lehrer die Zeit dem Unterricht widmen können. Die Politiker befassen sich weiter mit Kindergärten. Sie bemühen sich um die Erhöhung der Plätze, damit die Kapazität hinreichend ist. Die ODS unterstützt alle Formen der Kindergärten, wie z. B. Firmenkindergärten, weil sie auf dem Ort, wo es keinen Kindergarten gibt, notwendig sind.

Im nächsten Teil geht es um die bessere Zukunft für unsere Kinder. Die ODS ist der Meinung, dass Kinder die Fremdsprachen aktiv herrschen sollten und dass sie gute Kenntnisse in der Mathematik haben sollten. Ein Mittel dafür ist nach der ODS den Englischunterricht in die erste Klasse der Grundschule einführen und den Mathematikunterricht sowie die Naturwissenschaften zu stärken. Der Staat sollte dafür kämpfen, dass die Kinder gleiche Bedingungen in der Schule haben und dass alle Schulen eine Art gleicher Staatssubvention bekommen. Die Politiker sind gegen die Abschaffung der Schulen auf dem Land und des mehrjährigen Gymnasien.

Die ODS legt den Wert auf die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Arbeitgebern. Ihrer Meinung nach sollten die Unternehmen, die Zusammenarbeit mit Fachschulen und Berufsschulen halten, steuerliche Vergünstigung bekommen. Das letzte Thema heißt die Forschung. Das Mittel für die Wettbewerbsfähigkeit der TR sind die Förderung der Forschung sowie die guten Bedingungen für die Forscher.

2.2 Wirtschaftspolitik

Neben der Freiheit wurde der Fortschritt als ein wichtiger Punkt der Liberalen genannt. Der Fortschritt ist durch die offene Bürgergesellschaft, die Innovationen am Markt und die Entwicklung der Wissenschaft möglich. *„Wachstum und Entwicklung sind Wege zum Fortschritt.“*⁷¹ Die Infrastruktur ist Grund für das wirtschaftliche Wachstum, und deshalb sind die Investitionen in diesem Bereich und Ausbau der Infrastrukturen nötig.

*„Liberale Wirtschaftspolitik und effizienter Verbraucherschutz sind kein Gegensatz, sondern zwei Seiten derselben Medaille.“*⁷² Das Verhältnis zwischen Unternehmen und Verbraucher sollte durch die Regeln reguliert sein, damit sich die beiden Seiten in dem Fall der Unklarheit oder des Betrugs schützen können. Die FDP ist überzeugt, dass die Unternehmen die Verantwortung für die Produktivität, guten Namen des Unternehmens und Zufriedenheit der Mitarbeiter übernehmen sollten. Zusammen sind dann die Unternehmen und die Arbeitnehmer für die Weiterbildung der Mitarbeiter verpflichtet.

Das nächste Thema heißt Verschuldung. Finanzmarkt und seine Krise wurde durch die Verschuldung der Staaten, Unverantwortlichkeit der Unternehmen und nicht genügende Regulierung verursacht. Die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft funktionierten nicht und die FDP lehnt diese Behandlung der Staaten oder Unternehmen ab. Der Finanzmarkt sollte nach der Meinung der FDP frei, aber auf keinen Fall ungezügelt sein. Das Ziel der FDP ist die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft in dem Finanzmarkt zu erneuern und die Verschuldung zu senken. Der Mittel für Verbesserung ist nicht nur die staatliche Hilfe, sondern das wirtschaftliche Wachstum, das nach den Liberalen durch Flexibilität des Arbeitsmarkts und des versicherten Fachkräftebedarfs ermöglicht wird. Im Kampf mit der Verschuldung ist ein klares und durchsichtiges Steuerrecht nötig. Für die FDP ist es auch wichtig, die Position der Eigentümer und Mitarbeiter in Management zu kräftigen.

⁷¹ *Verantwortung für die Freiheit. Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen der FDP Karlsruher Freiheitsthesen der FDP Isruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft. für eine offene Bürgergesellschaft.* [online] [zit. 2016-2-15] Erreichbar unter: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/01/28/karlsruherfreiheitsthesen.pdf> . S. 30.

⁷² Ebd. S. 82.

Die ODS teilt die Wirtschaftspolitik in drei Themen – Förderung des Unternehmens, die den Schutz der Verbraucher und Verkehr. Den Verkehr bezeichnet die ODS als Mittel der Bewegung der Menschen und Produkten. Damit die TR wettbewerbsfähig wird, braucht sie gute Infrastruktur und qualitative Fahrstraßen. Zur Bewegung der Menschen und Produkte gehört die Eisenbahn, in der die TR mehr investieren sollte, damit sie mehr wettbewerbsfähig wurde.

Die Politiker sind der Meinung, dass die Unternehmer keine Parasiten sind. Die Pauschalen für die Unternehmer sollten bewahrt bleiben. Die ODS steht gegen die Überbürokratie für die Unternehmer, damit sie mehr Zeit im Business verbringen können. Für die Wirtschaft hat die wichtige Rolle der Export. Der Staat muss nicht nur die Firmen, sondern auch „die Tschechische Exportbank“, „Export- Garantie- und Versicherungsgesellschaft“ finanziell fördern. Die ODS hat vor, das GewerbeGesetzbuch zu verändert und das Unternehmen zu vereinfachen sowie die Gerechtigkeit im Unternehmen zu halten.

Die ODS meint, dass es nötig ist, die Stellung der Monopole und Oligopole durch die Bedingungen von Staat zu regulieren. Der einzige Mensch kann nicht in der ungleichen Stellung stehen. Ein Beispiel des Bereichs der kleinen Wettbewerbsfähigkeit ist die Wasserwirtschaft. Der freie Markt kann nicht ohne Regeln funktionieren. Die Politiken setzen strenge Bedingungen und Regresse für Verkauf bei den Vorführaktionen.

2.3 Gesundheitspolitik

Die Freiheit bedeutet eine Entscheidung über eigene Körper und medizinische Behandlung mit eigener Verantwortung. *„Jeder Bürger ist für seine Gesundheit zunächst selbst verantwortlich.“*⁷³ Die FDP ist strikt gegen die Behandlung ohne der Zustimmung oder Wissen der Menschen. Bei der Reproduktionsmedizin in dem Fall, dass die Menschenwürden nicht bedroht werden, haben die Eltern das Recht die Entscheidungen zu treffen. Die Grenzen sind in der Forschung durch Menschenwürde begrenzt.

⁷³Verantwortung für die Freiheit. Verantwortung für die Freiheit. *Karlsruher Freiheitsthesen der FDP Karlsruher Freiheitsthesen der FDPlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft. für eine offene Bürgergesellschaft.* [online] [zit. 2016-2-15] Erreichbar unter: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/01/28/karlsruherfreiheitsthesen.pdf> . S. 58.

Die Gesundheitspolitik der FDP ist überzeugt, dass demografischer Wandel nicht nur Nachteile, sondern auch die Vorteile bringt. Als den Vorteil rechnet die FDP den neuen Freizeitplatz, der als ein Weg zur körperlichen und geistigen Gesundheit gilt. Für die Liberalen im Gesundheitswesen ist notwendig die Freiheit der Wahl bei Ärzten, Krankensicherung usw., zu halten. Es muss mit der Absicht auf die Gesellschaft entschieden werden, welche Tatsache von der Versicherung finanziert wird und welche nicht.

Die ODS beschäftigt sich auch mit Gesundheitspolitik. Damit im Gesundheitswesen die Ruhe und Sicherheit beherrschen, muss die Finanzierung des Gesundheitswesens langfristig stabil sein. Die ODS kämpft gegen die Bestechung. Ein Mittel dafür ist die Möglichkeit sich die Extrapflege zu bezahlen oder die Zusatzversicherung in diesem Bereich zu besorgen. Weiter schreiben die Politiker über die Krankenkasse und über Gehalt im Gesundheitswesen. Es sollten in der TR mehr Krankenkassen geben, weil das Monopol keine Qualität bringt. Die Politiker meinen, dass alle Bürger das Recht haben sollten, sich die Krankenkasse und Krankenversicherung nach ihrer Meinung zu wählen. Das Gehalt sollte nach der Qualität der Pflege sein.

Die ODS achtet auf die Verantwortung der Bürger im Bereich der Gesundheit. Als die verantwortliche Behandlung bezeichnet die ODS den gesunden Lebensstil oder die Vorsorgeuntersuchung. Die Menschen, die sich so behandeln, haben die Vergünstigung, z. B. bei den Zahnärzten müssen sie keine Amalgamzahnfüllung bezahlen. Die Politiker schlagen vor, die Informationen über der Qualitätspflege und Zufriedenheit der Patienten zu veröffentlichen. Die Bürger können sich dann die beste Gesundheitspflege wählen.

2.4 Die EU und Außenpolitik.

*„Ziel unseres internationalen Engagements ist es, Frieden und Wohlstand in Freiheit für uns und andere zu ermöglichen.“*⁷⁴ Die starke Europa bedeutet für die Liberale Politik nicht nur die EU, sondern auch der Europarat, der aus 47 Mitgliedstaaten besteht. Der Europarat spielt die Rolle in der Frage der Demokratie, Menschenrechte usw. und die Liberalen wollen die Position verstärken. Die FDP fördert die EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und sagt, dass es die Erweiterung der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht die Veränderung heißt.

⁷⁴Verantwortung für die Freiheit. Verantwortung für die Freiheit. *Karlsruher Freiheitsthesen der FDP* *Karlsruher Freiheitsthesen der FDP* *Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft. für eine offene Bürgergesellschaft.* [online] [zit. 2016-2-15] Erreichbar unter: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/01/28/karlsruherfreiheitsthesen.pdf> . S. 91.

Die Außenpolitik Deutschlands nimmt an der OSN, OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), NATO oder der EU teil und setzt die Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit durch. Die OSN sorgt für die Ordnung in der Welt und löst internationale Konflikte; die NATO dient als die Gemeinschaft der westlichen Staaten zu Verantwortungs- und Wertebewahrung; die EU sichert in den Mitgliedstaaten die Sicherheit, Freiheit, den Wohlstand und die Lösungen der Globalisierung; OSZE bemüht sich um die Demokratie, Entwicklung und Menschenrechte. Die Außenpolitik Deutschlands fördert alle diesen Organisationen oder Gemeinschaften und setzt die Ideen durch.

Die EU und Europa bedeuten für die FDP die Lebenschance und die EU sollte immer als die Chance für die anderen Staaten und Leute geöffnet bleiben. Die Liberalen streben nach der Asylpolitik und zielen auf den Schutz und bessere Lebensqualität der Flüchtlinge. Die EU sollte mit der föderativen Grundsätze, strukturierter Demokratie und klarer Ordnung die politische Union sein. Die Mitgliedstaaten sollten wirtschaftlich, finanziell, in der Frage der Umwelt oder Währung, mehr koordinieren. Die FDP hat vor, die EU durch die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, zu entwickeln. Die Liberalen streben nach der Verbesserung der Subsidiarität der EU durch einen Rechtsgrundsatz und Gründung eines Gerichts für die Subsidiarität.

Die Liberalen streiten für die Änderung der Wahlen in der EU. Es sollte das Zweistimmen-Wahlrecht sein. Der Präsident der europäischen Kommission sollte nach der FDP direkt gewählt werden und die Kommission sollte in der Frage der Vertragswache verstärkt werden. *„Liberale Außen- und Sicherheitspolitik ist Friedenspolitik.“*⁷⁵ Sie sorgt für die Sicherheit auf der inneren oder äußeren Ebene und schützt die Freiheit des Welthandels. Ein Instrument des Außenhandels heißt Armee und aus diesem Grund wollte die FDP die beste Ausbildung den Soldaten ermöglichen. Die Armee kann militärisch handeln nur im Fall, wenn es zu einer Vereinbarung mit der EU und NATO kommt. Die Außenpolitik der FDP fördert die Existenz des Israels als jüdischer Staat und strebt nach dem Frieden im Nahen Osten an.

⁷⁵Verantwortung für die Freiheit. Verantwortung für die Freiheit. *Karlsruher Freiheitsthesen der FDP* *Karlsruher Freiheitsthesen der FDP* *Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft. für eine offene Bürgergesellschaft.* [online] [zit. 2016-2-15] Erreichbar unter: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/01/28/karlsruherfreiheitsthesen.pdf> . S. 97.

Die Liberalen sprechen weiter über die Bedrohung der Freiheit, Frieden sowie Sicherheit. Es geht um Terrorismus, Klimaveränderung, Trinkwassermangel usw. Die Sicherheitspolitik sollte ein Netz zwischen Staaten bilden und damit die Bürger besser schützen. Nach der FDP sind Gespräch, Diplomatie, Partnerschaft und Zusammenarbeit die Mittel für Frieden.⁷⁶

Die ODS beschäftigt sich mit der Außenpolitik und der EU und sagt, dass die Wichtigkeit eines Staats von wirtschaftlichem Wachstum, ökonomischer Stabilität sowie die internationalen Wettbewerbsfähigkeit abhängt. Die Politiker sprechen zuerst über die ökonomischen Angelegenheiten. Die tschechische Ökonomie wird mit Export eng verbunden und deshalb muss deutlicher Partner für die tschechischen Firmen im Ausland und für die ausländischen Firmen in der TR gebildet sein. Die ökonomischen Kenntnisse sollten bei den Beamten und Diplomaten verbessert werden.

Die Politiker befassen sich mit der Sicherheit und sind der Meinung, dass die Priorität die Sicherheit der TR und ihrer Alliierten ist. Der militärische Eingriff wird nur als die letzte Lösung benutzt, aber die Staaten müssen bereit sein. Ein wichtiger Teil der Außenpolitik heißt die Beziehungen mit den Nachbarstaaten. Deutschland bedeutet für die TR das Zielland für die Produkte und den Partner, der den Freimarkt erweitert sowie die enthaltsame Fiskalpolitik fördert. Die Zusammenarbeit zwischen der TR, Polend und der Slowakei funktioniert auf der europäischen Ebene, als auch auf der Ebene der Beamten.

Als nächstes Thema der Außenpolitik erwähnt die ODS die Wichtigkeit der Menschenrechte. Die TR fördert die Menschenrechte in den Ländern, wo sie nicht gut funktionieren. Die Förderung muss mit den ökonomischen Interessen ausbalanciert sein. Die ODS legt den Wert auf die Entwicklung und setzt die Wichtigkeit des neuen Markts und der außereuropäischen Welt.

Im Bereich der EU geht es um die europäische Integration. Die TR sollte nach der ODS die realistische Stellung zur europäischen Integration einnehmen, d. h. dass die Entscheidungen müssen mit den tschechischen nationalen Interessen kooperieren. Der nächste Punkt betrifft den Euro. Die ODS ist der Meinung, dass die TR ist nicht bereit den Euro anzunehmen. Die tschechische Krone hat immer noch mehr Vorteile und sollte bewahrt sein. Die ODS setzt das Referendum über den Empfang des Euros.

⁷⁶Oben erwähnten Informationen über die Partei FDP wurden aus dem FDP-Grundsatzprogramm übernommen und paraphrasiert [online] [zit. 2016-2-15] Erreichbar unter: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/01/28/karlsruherfreiheitsthesen.pdf>

Nach der ODS ist es wichtig, die Förderung der Tätigkeiten, die zu der Beseitigung der Handelsbarriere führen. Ein Mittel dafür ist die Entstehung des freien Markts mit außeneuropäischen Staaten. Der Nächste Punkt dieses Themas beschäftigt sich mit den Regulationen bei den kleinen und mittleren Unternehmen. Die Regulationen müssen revidiert werden, um die Entwicklung des Unternehmens nicht zu beschränken.⁷⁷

⁷⁷Oben erwähnten Informationen über die Partei ODS wurden aus dem ODS-Wahlprogramm übernommen und paraphrasiert [online] [zit. 2016-3-15] Erreichbar unter: <http://www.ods.cz/docs/programy/volebni-program-2013.pdf>

Zusammenfassung

In dieser Bachelorarbeit, genauer in dem praktischen Teil, wurden die Parteiprogramme der deutschen und tschechischen Parteien verglichen. Die Parteien CDU und KDU-ČSL sowie die FDP und ODS haben die fast dieselben Ideologien – die CDU ist teilweise konservativ und liberal, die KDU-ČSL konservativ, die FDP liberal und die ODS teilweise liberal und konservativ. Deshalb haben sie auch in den Programmen die ähnlichen Meinungen.

Den großen Unterschied kann man bei den Zahlseiten sehen und man kann bemerken, dass die tschechischen Parteien sich mit einzelnen Themen sorgfältiger in einzelnen Punkten beschäftigen. Im Vergleich befassen die deutschen Parteien die Themen allgemeiner. Die Ursache kann im Vergleich des Wahlprogramms und Grundsatzprogramms sein. Als die Ausnahme kann man das Thema die EU und Außenpolitik bezeichnen. Dieses Thema wurde nicht bei den deutschen Parteien umfangreicher, aber in gleicher Weise wie bei der tschechischen Parteien. Die Verbindung der deutschen und tschechischen Parteien können wir schon bei dem Slogan der KDU-ČSL „Möchten Sie als die Leuten in Deutschland leben? Wählen Sie als in Deutschland!“ beobachten.

Meine Bachelorarbeit zeigt, dass dieses Thema sehr weitreichend ist, deshalb konnte ich nur einige Kapitel und Themen aus den Parteiprogrammen forschen. Meiner Meinung nach gehört das Bewusstsein über Politik zu einem allgemeinen Überblick, und deshalb ist es wichtig die theoretischen aus dem theoretischen Teil und auch praktische Erkenntnisse über diese Problematik zu haben.

Liste von Abkürzungen:

KDU-ČSL – Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová (Christliche und Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei)

ODS – Občanská demokratická strana (Demokratische Bürgerpartei)

SPD – Sociálně demokratická strana Německa (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

FDP – Svobodná demokratická strana (Freie Demokratische Partei)

CDU – Křesťanskodemokratická unie Německa (Christlich Demokratische Union Deutschland)

CSU – Křesťansko-sociální unie Bavorska (Christlich-soziale Union in Bayern e.V)

KPD – Komunistická strana Německa (Kommunistische Partei Deutschland)

BVP – Bayerischen Volkspartei

ADAV – Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

DVP – Deutsche Volkspartei

US-Zone – Amerikanische Besatzungszone

BRD – Bundesrepublik Deutschland

DDR – Deutsche demokratische republik

PDS – Partei des demokratischen Sozialismus

BIP – Bruttoinhaltsprodukt

Die TR – die Tschechische Republik

EGMR – Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Literaturverzeichnis:

DAVID, Roman. *Politologie. Základy společenských věd*. 4. Auflage. Olomouc: Nakladatelství Olomouc, s. r. o., 2002. ISBN 80-7182-116-0. S. 448.

DECKER Frank, et. an. *Handbuch der deutschen Parteien*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. ISBN 978-3-5311589-2. S. 440.

DITTBERNER, Jürgen. *Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005. ISBN 3-531-14050-7. S. 411.

EDWARDS, E. G. *German Political Parties, A Documentary Guide*. Gloucester: Action Typesetting Ltd., 1998. ISBN 0-7083-1417-1. S. 250.

FLOHR, Heiner. *Parteiprogramme in der Demokratie: Ein Beitrag zur Theorie der rationalen Politik*. Göttingen: Verlag Otto Schwarz & Co, 1968. ISBN wurde nicht angeführt. S. 219.

GERLACH, Irene. *Bundesrepublik Deutschland: Entwicklung, Strukturen und Akteure eines politischen Systems*. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010. ISBN 978-3-531-16265-2. S. 398.

Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU- 1945-1995. München: Hanns-Seidel-Stiftung, 1995. ISBN 3-88795-220-0. S. 816.

GROSSMANN, Henryk, GRÜNBERG Carl. *Anarchismus, Bolschewismus, Sozialismus*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, 1971. ISBN 3 434 10031 8. S. 340.

GUTJAHR-LÖSER, Peter. *CSU Porträt einer Partei. Untertitel: Geschichte und Staat*. München-Wien: Günter Olzog Verlag, 1979. ISBN 3-7892-7132-2. S. 151.

HENNING, Friedrich. *F.D.P. Die Liberalen*. München: Günter Olzog Verlag, 1982. ISBN 3-7892-7134-9. S. 174.

HEIDENREICH, Bernd (Hg.). *Politische Theorien des 19. Jahrhunderts*. Zweite, völlig neu bearbeitete Auflage. Berlin: Akademie Verlag GmbH, 2002. ISBN 3-05-003682-6. S. 666.

HOPP, Gerhard, SEBALDT, Martin, ZEITLER Benjamin. *Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010. ISBN 978-3-531-17275-0. S. 590.

Informationen zur politischen Bildung/izpb, Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Nr. 292 (Mai 2013, überarbeitete Neuauflage). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Vieljährig. ISSN 0046-9408. S. 59.

- KADAN, Albert, PELINKA, Anton. *Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien: Dokumentation und Analyse*. St. Pölten: Niederösterreichisches Pressehaus, 1979. ISBN 3 85326 485 9. S. 286.
- KATZER, Maximilian. *Parteiprogramme und Demokratie: Eine Anregung zum politischen Denken*. Meisenheim/Glan: Westkultur-Verlag, 1948. NEMÁ ISBN. S. 88.
- KIEßLING Andreas. *Politische Kultur und Parteien im vereinten Deutschland. Determinanten der Entwicklung des Parteiensystems*. München: Forschungsgruppe Deutschland, 1999. ISBN 3-933456-07-X. S. 192.
- LÖSCHE, Peter, WALTER, Franz. *Die SPD: Klassenpartei - Volkspartei - Quotenpartei*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992. ISBN 3-534-10994-5. S. 434.
- LÖSCHE, Peter. *Kleine Geschichte der deutschen Parteien*. 2. Aufl. Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer, 1994. ISBN 3-17-013135-4. S. 222.
- MACKLENBURG, Jens. *Handbuch deutscher Rechtsextremismus*. Berlin: Elefanten Press Verlag GmbH, 1996. ISBN 3-88520-585-8. S. 1052.
- MINTZEL, Alf, OBERREUTER, Heinrich. *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1990. ISBN 3-89331-051-7. S. 544.
- MÜLLER, Jost. *Sozialismus Rotbuch 3000*. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt/Rotbuch Verlag, 2000. ISBN 3-434-53500-4. S. 95.
- NIEDERMAYER, Oskar. *Handbuch Parteienforschung*. 1. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2013. ISBN 978-3-531-17698-7. S. 926.
- NIEDERMAYER, Oskar (Hrsg.). *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008. ISBN 978-3-531-15245-5. S. 222.
- NIEDERMAYER, Oskar (Hrsg.). *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011. ISBN 978-3-531-17935-3. S. 357.
- NIEDERMAYER, Oskar. *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013*. Wiesbaden: Springer VS, 2015. ISBN 978-3-658-02851-0. S. 258.
- NIEDERMAYER, Oskar, et. al. *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*, 1. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH, 1993. ISBN 3-531-12354-8. S. 347.

OTTMAN, Henning. *Geschichte des politischen Denkens. Die Neuzeit Die politischen Strömungen im 19. Jahrhundert.* Band 3. Stuttgart: J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung und Carl Ernst Poeschel Verlag GmbH, 2008. ISBN 978-3-476-02286-8. S. 281.

OZINGA, R., James. *Communism. The story of the ideas and its implementation.* New Jersey: Prentice-Hall, Inc. A Division of Simon & Schuster Englewood Cliffs, 1987. ISBN 0-13-153966-3. S. 252.

PFAHL – TRAUGHBER, Armin. *Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung.* 5. Aufl. Bonn: Bouvier Verlag, 1993. ISBN 3-416-02436-4. S. 256.

RUDZIO, Wolfgang. *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland.* 5. Aufl. Opladen: Verlag Leske + Budrich, 2000. ISBN 3-8100-2593-3. S. 589.

SCHUBARTH, Wilfried, STÖSS Richard. *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz.* Opladen: Leske + Budrich, 2001. ISBN 3-8100-3115-1. S. 358.

SONTHEMIER Kurt, BEEK Wilhelm. *Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.* 9. Aufl. München: Piper Verlag, 1997. ISBN 3-492-21200-X. S. 431.

SONTHEIMER, Kurt, BLEEK, Wilhelm. *Grundzüge des politischen Systems Deutschlands.* 14. Aktualisierte Aufl. München: Piper Verlag GmbH, 2002. ISBN 3-492-21200-X. S. 442.

WALTER, Franz. *Die SPD.* Berlin: Alexander Fest Verlag, 2002. ISBN 3-8286-0173-1. S. 283.

Internetquellen:

35 grüne Jahre (15): Fusionsprozess von Bündnis 90 und Die Grünen [online] 2013 [zit. 2015-12-12] Erreichbar unter: <http://www.gruene.de/ueber-uns/35-gruene-jahre-35-gruene-geschichten/35-gruene-jahre-15-fusionsprozess-von-buendnis-90-und-die-gruenen.html?type=%25252Fproc%25252Fself%25252Fenviro%2523menuItem1%23menuItem5>

Das Grundsatzprogramm [online] [zit. 2015-11-8] Erreichbar unter: <https://www.spd.de/partei/organisation/das-grundsatzprogramm/>

Die Begrifflichkeit des politischen Spektrums I – Von links nach rechts [online] 2011 [zit. 2015-12-5] Erreichbar unter: <https://respu.wordpress.com/2011/04/21/die-begrifflichkeiten-des-politischen-spektrums-i-von-links-nach-rechts/>

Entwicklung des deutschen Parteiensystems [online] [zit. 2015-11-20] Erreichbar unter: http://egora.uni-muenster.de/FmG/wahlen_s0002.shtml

Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland [online] [zit. 2016-2-9] Erreichbar unter: <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf?file=1>

Linksextremismus – analytische Kategorie oder politisches Schlagwort? [online] 2014 [zit. 2015-11-8] <http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/191096/linksextremismus-analytische-kategorie-oder-politisches-schlagwort>

Verantwortung für die Freiheit. Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen der FDP Karlsruher Freiheitsthesen der FDPlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft. für eine offene Bürgergesellschaft. [online] [zit. 2016-2-15] Erreichbar unter: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/01/28/karlsruherfreiheitsthesen.pdf>

Volební program [online] [zit. 2016-3-15] Erreichbar unter: <http://www.ods.cz/docs/programy/volebni-program-2013.pdf>

Volební program KDU-ČSL 2013-2017 [online] [zit. 2016-3-5] Erreichbar unter: <http://www.kdu.cz/getattachment/6089d21c-eba3-4e8e-b390-1b922500af73/Volebni-program-pro-volby-do-poslanecke-snemovny-2.aspx>

Annotation

Vorname und Nachname:	Šárka Vašíčková
Lehrstuhl:	Institut für Fremdsprachen
Betreuer:	Mgr. Pavel Hofírek
Jahr der Verteidigung:	2016

Name der Arbeit:	Analyse der deutschen Parteiprogramme
Name auf Englisch:	Analysis of programs of German political Parties
Annotation:	Bachelorarbeit befasst sich mit den deutschen Parteiprogrammen. Im theoretischen Teil geht es um die politischen Theorien und um die Charakteristik der Parteien sowie die Entwicklung des Parteiensystems in Deutschland von 1945. Im praktischen Teil wurden die deutschen und tschechischen Parteiprogramme der CDU und der FDP verglichen.
Schlüsselwörter:	Die Parteiprogramme, Deutschland, das Parteiensystem, CDU, KDU-ČSL, FDP, ODS
Annotation auf Englisch:	This bachelor thesis deals with programmes of German political parties. The theoretical part concerns the political theory, the characteristics of political parties and development of the system of political parties in Germany from 1945. In the practical part, programmes of the Czech and German political parties CDU und FDP are compared
Schlüsselwörter auf Englisch:	Political programs, Germany, Party system, CDU, KDU-ČSL, FDP, ODS
Anlegen:	0
Umfang der Arbeit:	48
Sprache:	Deutsch